

dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 2 2026

FEBRUAR 2026

Mit dem Ende der tollen Tage – egal ob Fasching, Fastnacht oder Karneval genannt – beginnt traditionell die Fastenzeit. Diese bedeutet 40 Tage Verzicht bis zum Osterfest. Fasten kann man ja allerhand. Klassisch ist es eine Zeit, in der auf bestimmte Nahrungsmittel wie Fleisch, Süßigkeiten oder Alkohol verzichtet wird. Aber man kann auch Konsum wie Handynutzung oder TV-Konsum fasten. Was aus dbb Sicht jedoch einen anhaltenden unnötigen Verzicht darstellt, ist die zu niedrige Bezahlung bzw. Besoldung im öffentlichen Dienst in Hessen. Daran sollte sich schleunigst etwas ändern!

TdL-Tarifabschluss: Jetzt ist Hessen am Zug



Die Arbeitgeber der Länder und die Gewerkschaften haben sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (kurz: TdL) auf ein Ergebnis geeinigt (**Foto: Windmüller**). Nach drei langen und aufreibenden Verhandlungsrunden, stand am frühen Fastnachtssamstag fest, wie es nun weiter gehen wird. Der Tarifkompromiss für den öffentlichen Dienst der Länder sieht eine lineare Entgelterhöhung um 5,8 Prozent und weitere strukturelle Verbesserungen vor. „Natürlich ist das ein Kompromiss und nicht alle unsere Forderungen konnten wir umsetzen“, erklärte der dbb Vorsitzende und Verhandlungsführer **Volker Geyer**. „Die Ergebnisse bedeuten aber konkrete und nachhaltige Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen – und das in einer extrem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation. Dass die Einkommen spürbar steigen, ist enorm wichtig für die Menschen, die dieses Land 24/7 am Laufen halten.“

Strukturelle Verbesserungen konnten die Gewerkschaften ebenfalls durchsetzen. Geyer: „Zum Beispiel die Erhöhung der Schicht- und Wechselschichtzulage, die Angleichung beim Kündigungsschutz Ost an West und ein attraktives Ausbildungspaket mit deutlichen Verbesserungen für junge Menschen, die ihre Karriere im öffentlichen Dienst begonnen haben.“

Inhaltsverzeichnis

Tarifabschluss TdL und Fahrplan TV-H	Seite 1
Interview mit Katja Geweniger (Tarifausschuss)	Seite 2
Besoldung: Poseck kündigt Reparatur an	Seite 5
Gewalt: Zugbegleiter stirbt bei der Arbeit in RLP	Seite 5
Personalnachrichten aus der dbb Geschäftsstelle	Seite 6
Teilzeit: Schluss mit der Symbolpolitik	Seite 7
Verbraucherschutz: Land kürzt Zuschuss	Seite 9

Kernpunkte der Einigung:

- Einkommenserhöhung 5,8 Prozent (zum 1.04.26 um 2,8 Prozent, mindestens 100 Euro; zum 1.03.27 um 2,0 Prozent und zum 1.01.28 um 1 Prozent), Laufzeit 27 Monate
- Erhöhung der Zulagen für Schicht- und Wechselschichtarbeit
- Anpassung Kündigungsschutzregelungen Ost an West
- Ausbildungspaket: u.a. Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 150 Euro

Für den dbb ist die Einkommensrunde mit dem Tarifabschluss jedoch noch nicht beendet. „Wir fordern die zeitgleiche und systemgerechte Übertragung der Ergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen. Jedem Versuch, bei der Besoldung und Versorgung inhaltlich Abstriche zu machen oder die Umsetzung zu verzögern, werden wir uns massiv widersetzen“, machte der dbb-Chef deutlich.

Nach den Tarifabschlüssen zum TVÖD und zum TdL ist nun das Land Hessen am Zug. Seit dem Austritt aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder unter dem damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch müssen die Gewerkschaften mit dem Land Hessen gesondert verhandelt.

Der Fahrplan für den TV-H sieht dabei folgendermaßen aus: **Der Auftakt der Tarifrunde wird am Freitag, den 27. Februar ab 9.30 Uhr im Hessischen Innenministerium** stattfinden. Die zweite Tarifrunde beginnt am 9. März in Dietzenbach. Sofern eine dritte Verhandlungsrunde notwendig wird, wird diese vom 26. bis 27. März in Seeheim-Jugenheim abgehalten.

Die Tarifrunde im TV-H beginnt: Interview mit Tarifausschussvorsitzender Katja Geweniger



Die Tarifverhandlungen in Hessen stehen vor der Tür. In den kommenden Wochen treffen sich Vertreter der Gewerkschaften und des Arbeitgebers Land Hessen, um gemeinsam über einen neuen Tarifvertrag für das Land Hessen zu verhandeln. Zum ersten Mal in der Funktion der Tarifausschussvorsitzenden des dbb Hessen ist **Katja Geweniger** (rechts im Bild, Foto: Windmüller). Die Landesvorsitzende der VDStr. hat diese Position zum ersten Mal inne. Ein Gespräch.

Beim letzten Mal gehörtest du auch schon zur Verhandlungskommission. Dieses Mal bist du zum ersten Mal in einer neuen Rolle am Start, nämlich als Vorsitzende des dbb Tarifausschusses wirst du deutlich mehr Verantwortung haben. Bedeutet das für Dich auch mehr Druck? Musst Du Dich deshalb evtl. noch intensiver vorbereiten?

Das stimmt, ja ist es ist auch für mich eine Herausforderung! Ich hatte das Glück, in den vorherigen Runden („als Stillere“) einiges mitnehmen zu können. Sicherlich hat hier jeder auch seine eigene Art und Position, aber diese Erfahrung gibt mir für diese neue Rolle doch mehr Sicherheit. Selbstverständlich ist die Vorbereitung schon anders geworden, das liegt aber auch an der neuen Aufgabe. Ich denke es ist jetzt noch wesentlicher den nötigen Respekt und die Wichtigkeit unseres

Handels im Auge zu behalten – und das für alle unsere Mitgliedsgewerkschaften. Wir versuchen hier im Rahmen solcher Einkommensrunden Verbesserungen für den Arbeitsalltag und natürlich auch letztendlich eine Verbesserung der Bezahlung für unsere Beschäftigten – unseren Mitgliedern zu erzielen.

Die Forderungen, mit denen die Gewerkschaften in die Verhandlungen gehen, erarbeitet der Tarifausschuss gemeinsam mit dem dbb Bund. Für die aktuelle Runde bedeutet dies: 7 Prozent, mindestens aber 300 Euro. Etwas weniger bekannt ist, dass es daneben auch noch eine ganze Reihe anderer Forderungen gibt, abseits der linearen Anhebung, aber nicht minder wichtig. Wie viel Vorlauf/Vorbereitung braucht es da? Wie viele Personen sind an dem Prozess beteiligt? Wie viele Schritte braucht es, bis zur formulierten Forderung? Wie viele Personen sitzen dann mit am Verhandlungstisch?

Eigentlich kann man schon sagen, dass die ersten Vorbereitungen nach Abschluss einer Einkommensrunde starten. Was konnten wir nicht erzielen, wo haben wir während dessen bereits neuen Handlungsbedarf festgestellt? Wie unserer Berichterstattung ja zu entnehmen war, haben wir unsere Forderungen für diese Einkommensrunde am 24. November 2025 abschließend formuliert. Aber bereits seit Anfang 2025 haben wir erste Themen gemeinsam mit unseren Mitgliedsgewerkschaften erarbeitet und letztendlich auch bearbeitet. Hier sind alle unsere Mitgliedsgewerkschaften mit gefordert und bringen auch über Ihre Vertreter diese Themen mit in den Tarifausschuss ein. Über den Tarifausschuss des dbb Hessen sind wir darüber hinaus auch zu solchen Dingen im stetigen Austausch mit unseren dbb Kollegen in Berlin. Viele Personen, ja jede Menge sind da mit Herzblut involviert und dabei.

Genau beziffern kann ich die Zahl der involvierten Personen nicht. Während der Verhandlungen selbst verändert sich natürlich die Größe je nach Verhandlungsstand. Wie man sich sicher vorstellen kann, lassen sich kritische Punkte besser im kleineren Kreis besprechen und auch Möglichkeiten erörtern. Wichtig hierbei ist aber auch, dass dies immer mit allen Anwesenden vor Ort seitens des dbb diskutiert und gemeinsam entschieden wird.



Man kennt als Außenstehender ja nur den öffentlichen Teil der Verhandlungen, also den Auftakt, bei dem sich die Gewerkschaften mit vielen Demonstranten vor dem Ministerium einfinden und mit viel Getöse die Verhandlungen medienwirksam einleiten. Nach dem „Austausch von Nettigkeiten“ ziehen sich die Verhandlungspartner in einen geschlossenen Raum zurück. Wie ist die Atmosphäre? Geht es da eher sachlich zur Sache, oder wird da hart verhandelt? Gab es auch schon mal eine Situation, bei der Du/Ihr dachtet: So, es reicht, jetzt stehen wir auf und gehen?

Bei den Terminen bei denen ich bisher anwesend sein durfte ging es immer sachlich und mit dem gebotenen Respekt zu. Natürlich versucht hier auch jede Seite Ihren Standpunkt klar zu machen.

Die Atmosphäre hängt, glaube ich, auch immer sehr von den gegebenen Rahmenbedingungen ab. Angesichts der derzeit allgemein schwierigen Lage auf Landes- und auch Bundesebene darfst Du mich das gern nach den Verhandlungen fragen. Aber ich erwarte hier keinen Kuschelkurs und freiwillige Zugeständnisse.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass man da manchmal sogar versucht ist, Informationen vorzeitig nach außen zu stecken, um vielleicht den Druck zu erhöhen. Oder verscherzt man es sich damit komplett?

Wir geben nach Abschluss der Verhandlungsrunden sicherlich gewisse Punkte heraus, genauso wie alle anderen Seiten, aber mit Maß. Man muss hierbei bedenken, wir sind Verhandlungspartner die dies auch mit dem gebotenen Respekt tun sollten und wenn zu Punkten Verschwiegenheit vereinbart wird hat dies sein Grund und sollte gewürdigt werden.

So etwas als Druckmittel einzusetzen, könnte mehr Schaden anrichten – und wir wollen ja schließlich etwas Positives für unsere Mitglieder erreichen und stehen da als dbb für Verlässlichkeit, auch wenn es mal hart wird!

Das Tarifiergebnis ist in aller Regel ein Kompromiss – beide Verhandlungsparteien müssen Abstriche machen und sich aufeinander zu bewegen, das ist ja an sich nicht überraschend. Dennoch kommen teilweise aus den eigenen Reihen, insbesondere von den Mitgliedern kritische Töne, man hätte schlecht oder nicht hart genug verhandelt. Wie geht man denn mit soetwas um, wenn man so viel Zeit und Energie in die Verhandlungen investiert hat? Oder ist das nur – wie so oft im öffentlichen Diskurs - eine kleine, aber laute Minderheit? Wie ist das allgemeine Feedback?

Leider sind die kritischen Töne immer lauter als die positiven! Wir würden uns auch an der ein oder anderen Stelle ein besseres Ergebnis wünschen – keine Frage. Aber wir müssen auch immer abwägen, bis wohin können wir gehen und wo ist einfach Schluss und man riskiert alles. Es ist ja auch immer die Frage, wie weit gehen unsere Beschäftigten mit, wer ist wirklich bereit in einen möglichen Vollstreik zu gehen. So ein Streik hat letztendlich auch immer einen Lohnverlust des Einzelnen zur Folge. Wir sind bei solchen Verhandlungen alle immer voll dabei und unser Ziel ist es immer das möglichst Beste herauszuholen oder auch manchmal einfach einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Was wäre dann, wenn wir uns alle nicht einbringen würden, dann wären solche „für manchen zu geringen Ergebnisse“ auch nicht da.

Mich persönlich macht es manchmal schon traurig, wenn ich in die Kommentare höre und lese oder auch persönliches Feedback dazu erhalte. Viele von uns bringen sich hier ehrenamtlich ein und investieren viel Zeit und Kraft um daran mitzuwirken etwas Positives für so viele Menschen zu erzielen. Auch wenn ich Grund des Frustes Einzelner verstehen kann, so ist und bleibt eine Tarifverhandlung ein Kompromiss von beiden Seiten. Umso mehr Beschäftigte uns aber in dieser Einkommensrunde unterstützen und auch an den Aktionen teilnehmen, umso besser wird auch unsere Verhandlungsposition. Ich weiß, dass die meisten glauben, dass hat keine tragende Rolle, aber das hat es. Wenn der Arbeitgeber nicht merkt, dass es seinen Beschäftigten – egal in welchen Bereichen von Hessen“ ernst ist, dann ist er auch etwas entspannter in seiner Position. Also, macht mit – seid dabei wenn es erforderlich ist. Unterstützt uns Euch zu unterstützen.

Das Interview gibt es auch zum Anhören: [\(1\) dbb Hessen - YouTube](#)

Besoldung: dbb Hessen begrüßt Posecks Ankündigung für Reparatur noch in diesem Jahr und fordert rückwirkende Besoldungsreparatur für alle Rechtsmittelführer

Der dbb Hessen begrüßt die am 4. Februar 2026 getroffene Ankündigung von Innenminister Roman Poseck, noch in diesem Jahr für eine verfassungskonforme Besoldung sorgen zu wollen. „Mehr als vier Jahre nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in Kassel und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Besoldung im Herbst 2025 ist es nun auch wirklich an der Zeit gewesen“, sagt der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb Hessen, **Volker Weigand**. Bei einem Gespräch mit dem dbb Hessen vor einigen Wochen hatte Poseck bereits einen ähnlichen Zeitrahmen angedeutet. „Deshalb freut es uns umso mehr, dass der Minister sich nun auch öffentlich darauf festgelegt hat“, sagte Weigand. „An diesen Worten wird er sich nun messen lassen müssen.“

Der dbb Hessen erwartet, dass die Landesregierung noch im Jahr 2026 eine verfassungskonforme Besoldung und Versorgung der hessischen Beamtenschaft auf der Basis der vom Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung gesetzten Eckpfeiler umsetzt:

Alle Beamtinnen und Beamten, die sich mit Rechtsmitteln gegen das vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof Kassel festgestellte Unrecht der Unteralimentation gewehrt haben, müssen nach dieser Rechtsprechung entschädigt werden. Es ist für den dbb Hessen nicht vorstellbar, dass die Landesregierung hiervon abweicht, um vor den Kommunalwahlen Wahlgeschenke ins Schaufenster zu stellen. Auch finanzielle Gründe kann die Landesregierung nicht mehr anführen, denn Finanzminister Lorz hat erst am 18.02.2026 mitgeteilt, dass Hessen im Haushaltsabschluss 2025 unter dem Strich Verbesserungen von fast zwei Milliarden Euro erzielen konnte.

Hält die Landesregierung sich nicht an die Vorgaben aus Karlsruhe, wird es zwangsläufig erneut heftige Proteste und ggf. anschließende Klageverfahren veranlasst durch den dbb Hessen geben.

Nach Tod des Zugbegleiters: dbb hofft auf nachhaltige Diskussion in Politik und Gesellschaft

„Der Tod des Zugbegleiters in Rheinland-Pfalz hat uns schwer erschüttert“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des dbb Hessen, **Volker Weigand**. „Es ist ein weiterer Tiefpunkt einer Eskalation, die wir schon lange beobachten und die uns große Sorgen bereitet.“

Dieses Mal war es ein Zugbegleiter, zuletzt war es ein junger Polizist. Aber Studien des dbb Hessen haben gezeigt, dass viele Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes von Gewalt betroffen sind oder bereits Gewalterfahrungen gemacht haben. Dazu gehören Gerichtsvollzieher genauso, wie Lehrkräfte, Beschäftigte in Jobcentern oder Arbeitsagenturen oder im Justizvollzug. „Das Thema Gewalt betrifft praktisch alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Umso wichtiger ist es, dass endlich wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um die Menschen bei der Ausübung ihrer Arbeit zu schützen“, sagt Weigand.

Grundsätzlich begrüßt es der dbb Hessen, dass dieser neuerliche brutale Gewaltakt endlich die breite politische und gesellschaftliche Diskussion in Gang gesetzt zu haben scheint, die das Thema längst verdient hat. „Wir hoffen sehr, dass dies nicht nur der übliche Reflex oder ein Strohfeuer ist, sondern endlich eine nachhaltige Debatte geführt wird“, so Weigand.

Dass da noch viel Luft nach oben ist, zeigt auch die Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion an das Innenministerium vom November 2025, die dem dbb Hessen vorliegt. Zwar werden immer wieder Fälle gemeldet, die für die vor einigen Jahren eingeführte

Angriffsentschädigung infrage kommen, doch sind die Bearbeitungen lang und umständlich. „Das ist sicherlich ein Anfang, aber es kommt noch viel mehr darauf an, die Beschäftigten besser zu schützen, damit solche Maßnahmen wie die Angriffsentschädigungen gar nicht erst greifen müssten“, fügt Weigand hinzu.

Bereits seit einigen Jahren hat der dbb Hessen damit begonnen, das Phänomen Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wissenschaftlich zu ergründen, um das nach wie vor große Dunkelfeld besser erhellen zu können. Noch in diesem Frühjahr soll deshalb auch in Zusammenarbeit mit der Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HÖMS) eine weitere Studie in Auftrag gegeben werden, die weitere Aspekte des Gewaltphänomens beleuchten soll. (**Pressemitteilung** vom 6. Februar 2026)

Personalie: Monika Krug verstärkt die Geschäftsstelle



Der dbb Hessen hat Verstärkung für die Geschäftsstelle bekommen: **Monika Krug** (Foto) hat im Januar ihre Arbeit aufgenommen. Gemeinsam mit **Kerstin Deiß** und **Barbara Haverkorn** kümmert sie sich um den laufenden Betrieb.

Und in diesem Zusammenhang gibt es noch eine Personalie zu vermelden, wenn auch eine ganz kleine: **Rita Almeida-Lepanto** hat Ende Januar einen gesunden Sohn zur Welt gebracht. Mutter und der kleine Eduardo sind wohlauf. Der dbb Hessen gratuliert recht herzlich!

Langjährige Mitarbeiterin des dbb Hessen verstorben

Am 7. Februar verstarb unsere langjährige Mitarbeiterin und Kollegin **Claudia Henninger** im Alter von 68 Jahren im Kreis ihrer Angehörigen. Frau Henninger war über Jahrzehnte das Gesicht der Geschäftsstelle des dbb Hessen. Sie begann ihre Tätigkeit für unseren Verband bereits unter dem Vorsitzenden Walter Spieß und setzte diese bis in die Amtszeit von Heini Schmitt als Landesvorsitzenden fort.

Sie hat in diesen Jahren zwei Umzüge der Geschäftsstelle gemeistert, unzählige Gewerkschaftstage mitorganisiert und den Stand des dbb auf den Hessentagen über Jahre geprägt. Gleichzeitig war sie eine erfahrene und zuverlässige Kraft der Rechtsstelle.

Durch ihre offene und zugewandte Art war sie eine geschätzte und wertvolle Mitarbeiterin, deren Tod uns tief betroffen macht. Wir haben Sie ungemein für ihre Zuverlässigkeit und ihr Engagement für die gemeinsame Sache geschätzt. Unsere Anteilnahme gilt ihren nächsten Angehörigen. Wir werden Claudia Henninger stets ein ehrendes Andenken bewahren.



Diskussion über Teilzeit: Schluss mit der Schlagzeilenpolitik

Der Wirtschaftsflügel der CDU will den Rechtsanspruch auf Teilzeit einschränken. Das sorgt für Schlagzeilen, mit seriöser Wirtschafts- und Arbeitspolitik hat es aber nichts zu tun.

Der dbb Bundesvorsitzende **Volker Geyer** kritisierte am 26.01.2026 den Vorstoß: „Statt tragfähige Antworten auf Fachkräftemangel und Wirtschaftswachstum zu liefern, schiebt die CDU Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) die Verantwortung auf die arbeitende Bevölkerung und diskreditiert Teilzeitarbeit. Faktisch wird hierbei auch mehr als ein Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unter Generalverdacht gestellt, überwiegend Frauen. Das ist nicht nur respektlos, sondern auch gefährlich für die Funktionsfähigkeit staatlicher Aufgaben.“

Die geplanten Einschränkungen seien eine Bankrotterklärung und lenken von der eigentlichen Herausforderung ab, so Geyer: „Dass so viele Menschen in Teilzeit arbeiten, hat handfeste strukturelle Gründe und nichts mit Bequemlichkeit zu tun. Wer Fachkräfte sichern will, muss das große Bild sehen und Rahmenbedingungen verbessern, statt Rechte einzuschränken.“ Schlagzeilenpolitik ersetze keine seriöse Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Besonders unglaublich sei es, sich über hohe Teilzeitquoten zu beklagen und gleichzeitig an politischen Fehlanreizen wie Minijobs festzuhalten. Für den dbb sei diese Schieflage absolut inakzeptabel.

Notwendige Sorgearbeit ist kein „Lifestyle“

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende verwies auf den Zusammenhang zwischen Teilzeit und Sorgearbeit: „Fehlende Kitaplätze, unzureichende Betreuung von Schulkindern, mangelnde Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie schlechte Arbeitsbedingungen zwingen viele Frauen zur Reduzierung ihrer Arbeitszeit.“ Wer unbezahlte Sorgearbeit ausblendet, rechne sich seine Volkswirtschaft schön, erklärte die dbb frauen-Chefin. „Ohne sie würde kein Arbeitsmarkt funktionieren. Es ist absolut realitätsfern, eine Debatte über Teilzeit aufzumachen, ohne gleichzeitig über die ungleiche Verteilung unbezahlter Carearbeit zwischen Frauen und Männern zu sprechen.“ Frauen tragen die strukturellen Folgen in Form von schlechteren Karrierechancen, finanzieller Abhängigkeit und Altersarmut. Darüber hinaus sei Teilzeit auch eine Folge gesundheitlicher Überlastung, auch ohne Kinder oder pflegebedürftige Angehörige.

Kreutz richtete auch ein Wort an die Frauen-Union: „Wer für Frauenrechte eintritt, kann zu dieser Debatte nicht schweigen. Die CDU Frauen Union muss jetzt klar sagen, ob sie diesen Rückschritt mitträgt oder nicht.“ Die dbb frauen sind gesprächsbereit und werden sich im Februar im BMBFSFJ mit Bundesministerin Prien und weiteren frauenpolitischen Verbänden zur wirtschaftlichen Eigenständigkeit von Frauen austauschen.

+++++

+++++

WhatsApp-Kanal des dbb: Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy



Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit geraumer Zeit können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: presse@dbbhessen.de

+++++

Verbraucherzentrale: Was ist mit dem Fitnessstudio bei Umzug?

Der klassische Neujahrsvorsatz, „gesünder zu leben“ oder „mehr Sport zu treiben“, treibt alljährlich viele Menschen ins Fitnessstudios. Laut der aktuellen Studie des Arbeitgeberverbands deutscher Fitness- und Gesundheitsanlagen (DSSV) aus dem Jahr 2025 hatten die Fitness- und Gesundheitsanlagen in Deutschland insgesamt 11,71 Millionen Mitglieder. Viele Studios nutzen diesen Andrang und locken mit günstigen Konditionen. Doch was passiert, wenn sich die Lebensumstände ändern? Etwa, wenn der Kunde umzieht oder das Studio selbst seinen Standort wechselt?

Ein Fitnessstudio in Fulda hat seinen Standort innerhalb der Stadt verändert. In einer Rundmail an die Mitglieder hieß es Anfang Dezember: „Trainieren und genießen in toller Atmosphäre! Lasst euch überraschen, viele schöne Neuerungen erwarten euch!“ Für Martina K. aus Fulda sind die vielen Neuerungen alles andere als schön. Vor allem bedeutet der Umzug des Studios für sie ab sofort eine fast einstündige Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Sie stellt sich zu Recht die Frage, ob sie die Entfernung hinnehmen muss, oder ob sie die Möglichkeit hat, den Vertrag zu kündigen. Schließlich hatte sie sich vor einem Jahr wegen der für sie sehr wichtigen und vor allem autofreien Erreichbarkeit bewusst für das Studio entschieden.

Verträge sind bindend – aber es gibt Ausnahmen

Es gilt der Grundsatz „pacta sunt servanda“: Verträge sind einzuhalten. Das gilt auch für Fitnessstudioverträge, die grundsätzlich nur unter Einhaltung der vereinbarten Laufzeit und Kündigungsfrist ordentlich kündbar sind. **Eine vorzeitige Kündigung ist nur möglich, wenn ein wichtiger Grund vorliegt** – also wenn die Fortsetzung des Vertrags unter Berücksichtigung aller Einzelfallumstände und unter Abwägung beidseitiger Interessen unzumutbar ist. „Nicht jeder Grund reicht aus. Entscheidend ist, ob die Umstände außerhalb der eigenen Kontrolle liegen und die Mitgliedschaft deshalb nicht mehr zumutbar ist“, erklärt **Olesja Jäger**, Referentin für Verbraucherrecht bei der **Verbraucherzentrale Hessen**.

Wer einen längerfristigen Fitnessstudiovertrag abschließt, trägt das Risiko, dass sich persönliche Umstände ändern. Ein Wohnsitzwechsel aus familiären oder beruflichen Gründen rechtfertigt in der Regel keine außerordentliche Kündigung. Aber viele Studios bieten auf freiwilliger Basis ein Sonderkündigungsrecht an, wenn der neue Wohnort zu weit entfernt ist – das muss dann in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) stehen und erfordert Nachweise (z.B. Ummelde-Bescheinigung). „Schon bei der Vertragsunterzeichnung lohnt sich ein Blick in die AGB – oder die Wahl eines flexibleren Modells“, rät Jäger.

Anders sieht es aus, wenn das Fitnessstudio selbst umzieht und der Weg dorthin unzumutbar wird. Wenn sich durch den Umzug die Erreichbarkeit des Studios deutlich verschlechtert, beispielsweise durch längere Anfahrtswege oder eine schlechtere Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, die ursprünglich für die Wahl des Studios maßgeblich waren, kann ein Sonderkündigungsrecht greifen.

Auch bei grundlegenden Änderungen des Angebots – wie erhebliche Änderung der Öffnungszeiten, Wegfall der Kinderbetreuung, Umwandlung eines Frauenstudios in ein gemischtes Studio – kann eine vorzeitige Kündigung möglich sein. „Letztlich kommt es auf die Umstände des Einzelfalls an“, betont Jäger.

Eine Kündigung aus wichtigem Grund sollte zeitnah erfolgen, sobald der Kündigungsgrund bekannt ist. Die Frist zur Ausübung des Kündigungsrechts muss angemessen sein und sich nach den Umständen des Einzelfalls richten. Auch wenn es keine gesetzlichen Fristvorgaben gibt, kann ein zu langes Zuwarten dazu führen, dass der Kunde sein Kündigungsrecht verliert.

- In manchen Fällen – etwa bei einer Studioschließung - können Sie den Vertrag sofort kündigen, ohne dem Betreiber eine Frist zur Lösung des Problems zu setzen.
- Obwohl viele Fitnessstudios eine Kündigung per Mail (in Textform) zulassen, empfehlen die Verbraucherzentralen, das Kündigungsschreiben per Einschreiben zu schicken. So können Sie nachweisen, dass Ihre Kündigung zugegangen ist.
- Machen Sie den Fitnessstudio-Check der Verbraucherzentralen und prüfen Sie vorab, ob der Vertrag zu Ihnen passt. Mit dem Online-Tool können Sie zudem auch einen bestehenden Vertrag prüfen und optimieren.

Land kürzt Verbraucherzentrale die Mittel

Wie wir aus eigener Betroffenheit wissen, strickt die Landesregierung immer neue Sparmaßnahmen und nun davon betroffen ist die Verbraucherzentrale Hessen in besonderem Maße. Die Landesregierung hat die „Sparvorschläge“ des Ministeriums für Landwirtschaft, Heimat und Umwelt aufgegriffen und streicht für den Haushalt 2026 600.000 Euro Fördermittel. Durch weitere Kostensteigerungen, auch Tarifsteigerungen entsprechend der Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst, fehlen 1 Mio. Euro im Haushalt der Verbraucherzentrale. Dies bedeutet, dass Beratungsstellen aufgelöst und Stellen gestrichen werden müssen.

Knapp 100.000 Menschen wenden sich jährlich an die Verbraucherzentrale und bitten um unabhängigen Rat in vielen Bereichen des Lebens. Die Verbraucherzentrale ist Hilfe für Menschen, denen sonst keiner hilft! Sie berät unabhängig zu Themen, zu denen sonst niemand informiert, zumindest nicht ohne finanzielle Eigeninteressen. z. B. Energieberatung.

„In Zeiten, in denen Menschen das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat verlieren, ist eine unabhängige Beratungsorganisation wie die Verbraucherzentrale deswegen besonders wichtig“, sagt Hannelore Andree, Vorsitzende der Seniorenvertretung des dbb Hessen und Mitglied des Verwaltungsrats der Verbraucherzentrale. Am 3. Februar fand in Wiesbaden eine Demonstration statt, um der Landesregierung die Bedeutung ihrer Sparpläne deutlich zu machen. Diese Demonstration wurde von vielen Verbänden, auch vom dbb Hessen unterstützt. (Hannelore Andree)

*Der dbb Landesbund Hessen ist Mitglied bei der Hessischen Verbraucherberatung e.V. und stellt mit **Hannelore Andree** ein Verwaltungsratsmitglied in dem achtköpfigen Gremium.*

Die Verbraucherschutzzentrale wird aus Landesmitteln gefördert.; sog. institutionelle Förderung, weil Verbraucherschutz eine politische Aufgabe ist.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: presse@dbbhessen.de

+++++

Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

 | Mitgliedschaft & Service

Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben	
Vorname*	Nachname*
Straße und Hausnummer*	
PLZ*	Wohnort*
Geburtsdatum*	E-Mail*
Dienststelle*	Arbeitgeber*
Beschäftigt als*	
Bitte wählen Sie	

Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u. a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

Eine effektivere Verwaltung erfordert neue Prioritäten

Der Bundesminister des Innern Alexander Dobrindt kündigt in der Januar/Februar-Ausgabe des dbb magazins weitreichende Schritte an, um den Bund als Arbeitgeber zu stärken.

Angesichts des verschärften Wettbewerbs um Fachkräfte setze sein Haus auf sichere Perspektiven, flexible Arbeitszeiten und klare Karrierewege. Das schließe eine Aktualisierung von Personal- und Dienstrecht, inklusive Änderungen im Besoldungs- und Beurteilungswesen sowie eine Reform der Bundeslaufbahnverordnung ein, um den Bund „moderner und wettbewerbsfähiger“ zu machen. Parallel dazu sollen Staatsmodernisierung, Bürokratieabbau und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz Verfahren automatisieren und die Verwaltung effizienter organisieren.

Zur amtsangemessenen Alimentation betont Dobrindt die verfassungsrechtliche Bedeutung und verweist auf eine gesetzliche Neuregelung auf Basis der Tarifiergebnisse vom April 2025; die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts setze zusätzliche Maßstäbe und erfordere neue Berechnungen sowie Anpassungen im Zeitplan. Die 41-Stunden-Woche der Bundesbeamtinnen und -beamten will der Minister derweil nicht antasten: Eine Arbeitszeitverkürzung würde die ohnehin hohe Belastung der Verwaltung weiter verschärfen. Deutlich beschleunigt werden sollen hingegen Beihilfeverfahren – durch konsequente Digitalisierung, Automatisierung von Prüfschritten im Bundesverwaltungsamt sowie rechtliche Vereinfachungen in Beihilfe- und Beamtenrecht. Ziel seien „stabile und verlässliche Bearbeitungszeiten“.

Das komplette Interview im aktuellen dbb magazin

Mehr Informationen unter www.dbb.de

Medienanstalten: Medienbildungszentren verknüpfen auch 2026 politische Bildung

Die Medienanstalt Hessen und die Hessische Landeszentrale für politische Bildung haben ihre Kooperationsvereinbarung zur Durchführung des Projektes „Politics for Future“ für junge Menschen in Hessen verlängert. Auch im Jahr 2026 können sich Jugendliche und junge Erwachsene unter pädagogischer Anleitung der Medienbildungszentren Nord und Süd mit Politik beschäftigen und dabei kreativ mit Medien arbeiten. Die Einbindung der nichtkommerziellen Lokalradios in Hessen ist darüber hinaus möglich.

Parteiverdrossenheit, Europamüdigkeit, Populismus, Hate Speech oder bspw. auch manipulierte Informationen: Überall steckt Politik dahinter. Aber wer erklärt uns das „Dahinter“? Wie können politische Bildung und Medienbildung kombiniert werden und gelingen? Warum bedrohen Desinformationskampagnen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und wie können die Aufklärung über Desinformation und die Stärkung der Fähigkeit, sie zu erkennen, in der Bildungsarbeit umgesetzt werden? Gemeinsam mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung führt die Medienanstalt Hessen mit ihren beiden Medienbildungszentren medienpädagogische Projektstage im schulischen und außerschulischen Bereich durch. Bei der Umsetzung von „Politics for Future“ wird mit den Formaten Erklärvideo (z.B. auch mit Trickfilmen), Reportage oder Dokumentation gearbeitet. Ebenso ist eine Kombination mit einer Studio-Fernsehsendung oder ein Podcast möglich. Unter dem Titel „Fake it yourself“ kann auch ein Modul zur Auseinandersetzung mit dem Thema Desinformation gewählt werden.

Weitere Informationen zum Projekt und der konkreten Durchführung unter <https://www.medienanstalt-hessen.de/politics-for-future>

Impressum

V.i.S.d.P.: Dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Hessen e. V., Volker Weigand (stellv. Landesvorsitzender und Schatzmeister) sowie Andreas Nöthen (Pressesprecher, Kürzel: noe)

Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbbhessen.de



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



dbb
vorteilswelt